

# Die Vorabstimmung vom 18. Mai 1924: Einleitung und Perspektiven

von ARND REITEMEIER

Als am 18. Mai 1924 in der Provinz Hannover die sogenannte »Vorabstimmung über die Abtrennung der Provinz Hannover (ohne den Regierungsbezirk Aurich) von Preußen und Bildung eines selbstständigen, dem Reich eingegliederten Landes Hannover« durchgeführt wurde, war dies in gewisser Hinsicht eine Sternstunde der Weimarer Republik, denn die Bürgerinnen und Bürger einer Provinz Preußens durften darüber entscheiden, wo sie sich politisch und administrativ verorten wollten. Das Verfahren einer Vor- und dann Volksabstimmung zielte auf die Möglichkeit der friedlichen Verschiebung von Grenzen im Inneren des Deutschen Reichs. Die Grundlage für die direkte Ausübung von Macht durch die Bürgerinnen und Bürger war 1918 in dem Artikel 73 der Weimarer Verfassung verankert worden:

Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehr nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt. Dem Volksbegehr muß ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen. Er ist von der Regierung unter Darlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Der Volksentscheid findet nicht statt, wenn der begehrte Gesetzentwurf im Reichstag unverändert angenommen worden ist.<sup>1</sup>

Die weiteren Details regelte das »Gesetz über den Volksentscheid« vom 27. Juni 1921.<sup>2</sup> Auch hatte es die Weimarer Verfassung bei der territorialen und föderalen Gliederung Deutschlands belassen, deren Ländergrenzen selbst 1918/19 nicht spezifiziert wurden. Vielmehr wurde in Artikel 18 der Weimarer Verfassung festgehalten:

Die Gliederung des Reichs in Länder soll unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes dienen. Die Änderung des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs erfol-

<sup>1</sup> [https://de.wikisource.org/wiki/Verfassung\\_des\\_Deutschen\\_Reichs\\_\(1919\)](https://de.wikisource.org/wiki/Verfassung_des_Deutschen_Reichs_(1919)) (Zugriff 18.5.2025).

<sup>2</sup> Reichs-Gesetzblatt 1921, S. 790-796, siehe [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Deutsches\\_Reichsgesetzblatt\\_1921\\_068\\_0790.png](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Deutsches_Reichsgesetzblatt_1921_068_0790.png) bis [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Deutsches\\_Reichsgesetzblatt\\_1921\\_068\\_0790.png](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Deutsches_Reichsgesetzblatt_1921_068_0790.png) (Zugriff 18.5.2025).

gen durch verfassungsänderndes Reichsgesetz. [...] Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. Die Reichsregierung ordnet die Abstimmung an, wenn ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebiets es verlangt.<sup>3</sup>

Wenn also im Inneren andere Grenzen gelten sollten, so sah das Verfahren zunächst eine Abstimmung vor, ob ein Volksentscheid erfolgen solle. Eine solche Vorabstimmung wurde am 18. Mai 1924 durchgeführt:

1. Formal wurde darüber abgestimmt, ob es zu einer Volksabstimmung kommen solle, dass die Provinz Hannover in Preußen verbliebe.
2. Inhaltlich hatte die Abstimmung die Frage zum Hintergrund, wie sich die Bevölkerung des ehemaligen Königreichs Hannover zur Niederlage gegen Preußen von 1866 stellte. Damit ging es um die politische Identifikation der Bevölkerung mit der preußischen Provinz Hannover, denn es standen sich zwei Konstrukte gegenüber: Entweder Hannover sah sich als Teil Preußens oder ein Raum ähnlich dem untergegangenen Königreich Hannover sollte wiederbelebt werden, was zentrale Forderung der Deutsch-Hannoverschen Partei war.
3. Ökonomisch gesehen hatten die Regionen Hannover, Braunschweig und Wilhelmshaven seit der Reichseinigung einen enormen Aufschwung genommen und sich zu Zentren der Schwerindustrie entwickelt. In der Folge hatte sich der Anteil der Arbeiter\*innen an der Gesamtbevölkerung, besonders der Großstädte, vervielfacht. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Probleme Anfang der 1920er Jahre stellte sich nun die Frage, ob eher kleine oder eher große politische Einheiten des Reichs einen wirtschaftlichen Aufschwung versprachen und damit den Interessen der Arbeiter\*innen entgegenkamen. Im Hintergrund ging es daher um das Konstrukt eines »Niedersachsen«, das die norddeutschen Wirtschaftszonen miteinander verknüpfen sollte, wobei dieses Konstrukt an historiographische Traditionen des 16. Jahrhunderts anknüpfen sollte.
4. Politisch ging es zum einen um den Einfluss des ehemaligen Herrschergeschlechts der Welfen samt der mit ihnen verknüpften Eliten. Hiermit verbunden war sodann die Deutsch-Hannoversche Partei (DHP), die sich für die Wiedererrichtung eines hannoverschen Staates einsetzte. Sie fand ihre Wähler besonders im Norden und Osten der Provinz Hannover, die sich im Reichstag

<sup>3</sup> [https://de.wikisource.org/wiki/Verfassung\\_des\\_Deutschen\\_Reichs\\_\(1919\)](https://de.wikisource.org/wiki/Verfassung_des_Deutschen_Reichs_(1919)) (Zugriff 18.5.2025).

häufig dem Zentrum anschlossen. Zu Beginn der Weimarer Republik versuchten radikale Kräfte innerhalb der Partei einen militärischen Umsturz, der jedoch rasch von der Reichswehr niedergeschlagen werden konnte. Mit der Vorabstimmung von 1924 wurde nun ein Versuch unternommen, das zentrale Ziel auf demokratischem Weg zu erreichen.

5. Politisch war zum anderen die Frage nach der Nutzung der im Zuge der Revolution von 1918 beschlagnahmten Vermögen der ehemaligen Herrscherhäuser außerordentlich virulent. Ernst August als Herzog zu Braunschweig und Lüneburg hatte zwar 1918 abdanken müssen und war ins österreichische Exil nach Gmunden gegangen, aber er führte seither diverse Prozesse gegen den Freistaat Braunschweig wie gegen das Deutsche Reich. Seit der politischen Stabilisierung der Weimarer Republik Anfang der 1920er Jahre führten diverse Landesregierungen mit den Fürstenhäusern verdeckt Gespräche. Am 14. August 1924 erhielt Ernst August im Rahmen eines Vergleichs eine Jahresrente zugestanden sowie das Schloss Blankenburg und die Domäne Calenberg nebst weiteren Domänen und Gütern zurückerstattet. Auch erhielt er Schloss und Großen Garten Herrenhausen in Hannover sowie Schloss Marienburg. Nahezu zeitgleich verhandelten die preußische Regierung und das Haus Hohenzollern über einen Kompromiss, der dann aber abgelehnt wurde.<sup>4</sup> All dies war im Reich sehr umstritten, sodass die KPD Ende 1925 ein Gesetz in den Reichstag einbrachte, das eine entschädigungslose Enteignung der ehemals herrschenden Fürstenhäuser vorsah.

Vor diesem Hintergrund bestimmte die Vorabstimmung im Jahr 1924 einen wesentlichen Teil der politischen Debatten in der Provinz Hannover. Im übrigen Reich aber verursachte die Abstimmung eher geringe Aufmerksamkeit, und als diese dann nicht zu einer Volksabstimmung führte, schwand die Aufmerksamkeit unmittelbar. Doch langfristig erwiesen sich mindestens zwei Ergebnisse als sehr wirkmächtig:

1. Die DHP verlor nach 1924 drastisch an Einfluss – nicht nur in der Weimarer Republik, sondern auch darüber hinaus. Das Konstrukt des untergegangenen Königreichs entfaltete keine mobilisierende Wirkung mehr – und nur eine zunehmend schwindende Minderheit befürwortete die Wiedereinführung einer Monarchie unter den Welfen.

<sup>4</sup> Ulrich SCHÜREN, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den deposierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Würzburg 1978, S. 32–34 und S. 39–41.

2. Folge des Wahlkampfs um die Vorabstimmung war der große Aufschwung des politischen Konstrukts eines »Niedersachsen«. Dieses erhielt nach der Entscheidung auch die Unterstützung der politischen Eliten der Provinz, obwohl das Wahlergebnis eigentlich den Bestrebungen um eine Unabhängigkeit von Preußen widersprach. Der hannoversche Provinziallandtag beauftragte Kurt Brüning gemeinsam mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens mit der Erarbeitung einer Denkschrift, die 1929 erschien und die Niedersachsen sowohl kulturhistorisch als auch ökonomisch herzuleiten versuchte. Zeitgleich wurde Hermann Aubin mit der Gründung eines Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volkskunde beauftragt, um eine neue nach Westfalen benannte Provinz zu rechtfertigen. Beide Konstrukte rangen um eine zweifelsfreie kulturhistorische Ableitung wie um eine geographisch eindeutige Abgrenzung voneinander. Sie traten dann nach der Machtergreifung Hitlers in den Hintergrund, entfalteten aber nach Ende des Zweiten Weltkriegs politische Wirkmacht. Die gescheiterte Vorabstimmung und die Schaffung der Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind damit mittelbar kausal verknüpft.

Die Entwicklungszusammenhänge haben nicht dazu geführt, dass die Geschichtswissenschaft in nennenswertem Maß Anstrengungen zur Erforschung der Vorabstimmung unternommen hätte. Steinwascher widmete ihr eine Seite in Band 5 des Handbuchs zur Geschichte Niedersachsens.<sup>5</sup> Maßgeblich ist weiterhin die ungedruckte Dissertation von Prilop aus dem Jahr 1954.<sup>6</sup> Grundlegenden Wert haben sodann die Arbeiten von Aschoff zur Geschichte der DHP.<sup>7</sup>

Diese Desiderate geben Anlass zu einem Workshop des Arbeitskreises zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen in Verbindung mit dem Institut für Historische Landesforschung, der am 17. Mai 2024 in Göttingen stattfand. Mit dem größten Teil der Referate wird im Folgenden die Tagung dokumentiert, die ausdrücklich zu weiteren Forschungen anregen wollte.

<sup>5</sup> Gerd STEINWASCHER, Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik, in: ders. (Hrsg.), Geschichte Niedersachsens. Bd. 5: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, Hannover 2010, S. 21–197, hier 83f.

<sup>6</sup> Hans PRILOP, Die Vorabstimmung in Hannover 1924. Untersuchungen zur Vorgeschichte und Geschichte der Deutsch-Hannoverschen Partei im preußisch-deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Diss. phil. Hamburg 1954.

<sup>7</sup> Hans-Georg ASCHOFF, Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866–1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches, Düsseldorf 1987, siehe auch ders., Die Deutschhannoversche Partei zwischen Revolution und Machtergreifung (1918–1933), in: Stader Jahrbuch N.F. 78 (1988), S. 61–87.

Den Anfang machte Christian Hoffmann mit seiner grundlegenden Analyse der Überlieferung wie der wissenschaftlichen Aufarbeitung, die sowohl für die Zeit vor als auch nach dem Ersten Weltkrieg diverse Lücken enthält. Hoffmann betonte die Widersprüche im Programm der Partei und arbeitete heraus, dass es dieser Mühe bereitete, auf die sich verändernden politischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen in der Provinz zu reagieren. Zugleich konnte er zeigen, dass die DHP nach 1920 daranging, ihr grundlegendes Ziel zumindest sprachlich, teilweise auch inhaltlich zu revidieren, indem sie ein »Niedersachsen« anstelle der Provinz Hannover forderte, was allerdings den Widerspruch aufriss, dass auf der einen Seite das Haus der Welfen wieder an der Spitze des neu zu schaffenden Staates stehen sollte, während auf der anderen Seite die Partei auf die politischen Veränderungen zu reagieren versuchte. Sodann arbeitete Hoffmann heraus, dass die Abstimmung von Anfang an zwischen den verschiedenen Parteien höchst umstritten war und mit Gustav Noske als Oberpräsident ein Mann an der Spitze der Provinz stand, der gar nicht daran dachte, politisch neutral zu agieren, sondern vielmehr alles daransetzte, dass die ihm verwaltungsrechtlich unterstehende Provinz Teil von Preußen blieb. Der Wahlkampf wurde polemisch und mit umfassenden Verleumdungen geführt (nach Hoffmann »roh«) und mit der schwierigen Lage Deutschlands nach dem Versailler Vertrag verknüpft. Am Ende verfehlte die Abstimmung die notwendige Stimmenzahl sehr deutlich, doch infolge des Agierens des Oberpräsidenten legte die DHP Widerspruch gegen die Abstimmung ein und versuchte damit politisch ihr Ansehen ein wenig zu retten.

Hans-Georg Aschoff spezifizierte mit seinem Vortrag zum Programm der DHP seine langjährigen Forschungen zur Geschichte der Partei. Zunächst arbeitete er die Unterschiede zwischen den verschiedenen Unterstützungsgruppen heraus, denn in ihrer Heterogenität lag die Notwendigkeit begründet, unterschiedliche Ziele im Programm miteinander zu verbinden: Einerseits verfolgte die Partei lange Zeit einen monarchistischen Fokus und zielte auf die Reinstituzierung der Welfen, doch andererseits verstand sich die Partei als Sammelbecken derjenigen, die sich gegen die Integration in Preußen wehrten. Als sich jedoch die Hohenzollern und die Welfen aussöhnten und die Unzufriedenheit mit der Integration in den preußischen Staat nicht zuletzt infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs zurückging, verlor die DHP an Zustimmung. Hierauf reagierte diese mit einer Schärfung ihres Programms und einer zunehmenden Radikalisierung. Aschoff interpretierte die räumliche Erweiterung des von der Partei stets verfolgten Ziels eines von Preußen unabhängigen Staates als ein taktisches Agieren, um die Basis für ein Zustimmen zu erweitern. Der DHP gelang es erfolgreich, den Gedanken der »Freiheit« mit dem Konzept eines »Niedersachsen« zu verknüpfen, ohne dass sich die Partei inhaltlich

erneuerte. Dies führte zu einer Verstärkung der Dichotomien zwischen den verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Partei. Diese blieb eine »Honortiorenpartei« ohne feste und umfassende Parteibasis analog anderer Parteien, was zur Folge hatte, dass die DHP bei allen Anliegen, für die sie eine Unterstützung in der Öffentlichkeit benötigte, umfassend werben musste und sich nicht auf die Zustimmung verlassen konnte. Entsprechend prägten umfangreiche taktische Überlegungen ebenso wie innerparteiliche Auseinandersetzungen um die richtige Strategie das Vorfeld der Vorabstimmung. Die Niederlage 1924 führte dann zu einem Erstarken des monarchischen Flügels, der allerdings für die weitere Zeit der Weimarer Republik kein zukunftsähiges Konzept vertrat.

Jasper Heinzen verstärkte und vertiefte sodann die gegebenen Analysen, wobei er sich zuerst mit den Veränderungen in der Konzeption politischer Räume und mit der Integration völkischer Diskurse in ihre Herleitung auseinandersetzte. Nachfolgend legte er überzeugend dar, dass die Integration des eroberten Königreichs Hannover in das Königreich Preußen insgesamt als Erfolgsgeschichte bewertet werden kann. Diese Erfolge aber wurden seiner Meinung nach durch die Folgen des Ersten Weltkriegs in Frage gestellt, wobei er die Entwicklung eines spezifischen Heimatbewusstseins betonte, das von der DHP bedient und genutzt wurde. Hinzu kam der Diskurs um die Freiheit, der von der DHP zumindest während der ersten Jahre der Weimarer Republik zu einem Narrativ zugunsten einer Loslösung von Preußen verknüpft wurde. Dieses Konzept wurde anfangs in Form eines Putschversuchs, dann im Rahmen der von der Weimarer Verfassung vorgesehenen friedlichen Möglichkeiten verfolgt. Die Agitation zugunsten der Vorabstimmung erfolgte dann mittels einer Mischung aus seit langem bekannten Inhalten und modernsten Möglichkeiten der Informationsverbreitung. Doch die Bedeutung der Vorabstimmung lag im Wesentlichen im Aufbrechen von nationalen Auseinandersetzungen, die weit in das Kaiserreich zurückreichten, denn die DHP erfuhr von Amtsträgern weit jenseits von Hannover Zustimmung, die das Unbehagen gegenüber dem Zentralismus teilten. Zugleich traten die Widersprüche in den Zielsetzungen der DHP offen zutage, denn eine Reinstituzierung eines Königtums war lediglich für diejenigen Landesteile der Provinz Hannover gut vorstellbar, die sich zu den Welfen hingezogen fühlten, was jedoch für die westlichen Teile der Provinz so gut wie überhaupt nicht galt. Zugleich warf auch das Konstrukt eines Niedersachsen mehr Fragen beispielsweise bezüglich der Grenzen und der Identität auf, als es beantwortete.

Der Beitrag von Henning K. Müller konnte auf der Tagung krankheitsbedingt nicht gehalten werden, doch er stellt eine wesentliche Ergänzung dar, indem er einen Fokus auf die regionalen Entwicklungen im Elbe-Weser-Raum legte. Hierbei zeigte sich, dass es der DHP durchaus gelang, in den Anfangsjah-

ren der Weimarer Republik eine stabile Gefolgschaft aufzubauen, die nicht nur aus vermögenden Landbesitzern bestand, sondern auch beispielsweise Handwerker umfasste. Doch Müller zeigte, dass es bereits Anfang der 1920er Jahre zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der DHP resp. der Welfen auf der einen Seite und den Deutschnationalen auf der anderen Seite kam. Doch die DHP konnte beispielsweise im Landkreis Zeven mit Hilfe der Zeitung »Nordhannoverscher Landesbote« ihren Einfluss bewahren und sogar ausbauen. Auch wurde bereits ab 1922 versucht, Anhänger für eine Loslösung von Preußen zu mobilisieren, indem eine Sammlungsbewegung »Niedersächsische Freiheitsbewegung« geschaffen wurde, die große Versammlungen abhielt. Doch ebenso wie der Oberpräsident deutlich Partei gegen das Referendum ergriff, taten dies auch die Regierungspräsidenten, die sowohl auf die Tageszeitungen als auch auf die Landräte Druck auszuüben versuchten. Die DHP tat sich hingegen schwer, eine straffe Organisation für einen umfassenden und überzeugenden Wahlkampf aufzubauen. So suchten die Parteioberen einen Ausweg und inszenierten sich als Opfer der preußischen Verwaltung. Müller widmete sich sodann den Folgen der verlorenen Abstimmung. Erstens verlor die DHP deutlich an Mitgliedern und war hinfert mit ihren Themen auch in den lokalen Zeitungen nur noch bedingt präsent. Im Jahr 1927 musste sie feste Mitgliedsbeiträge für die Parteimitglieder einführen, um in den Wahlkämpfen mit ausreichend Mitteln agieren zu können. Zweitens aber schlug die Partei einen ähnlichen Weg ein wie andere rechtsgerichtete Organisationen, denn sie schuf Strukturen, die sich besonders an männliche Jugendliche und junge Erwachsene wandten und zunehmend gewaltbereit agierten. An Frauen wandte sich hingegen der »Bund Königin Luise«. Vieles hing an lokaler Agitation mit der Folge, dass die DHP bei den Reichstagswahlen wie bei Abstimmungen in der Provinz immer weniger Stimmen gewinnen konnte, im Kreis Zeven aber bei der Reichstagswahl weiterhin fast 50 % der Stimmen erhielt. All dies aber konnte nicht verhindern, dass die DHP bei den zahlreichen Wahlen zum Ende der 1920er Jahre immer stärker an Zustimmung verlor, weil es ihr völlig an einem organisationsstarken Unterbau fehlte, der mehr Versammlungen für Interessierte mit attraktiven Rednern oder Redner\*innen hätte abhalten können. Zugleich übernahmen andere Parteien, allen voran die NSDAP, das Element eines niedersächsischen Regionalpatriotismus. Die Anzahl derjenigen, welche die DHP nach ihrer Selbstauflösung vom 30. Juni 1933 vermissten, dürfte daher gering gewesen sein.

Gerrit Hollatz konnte in seinem hier nicht abgedruckten Vortrag zeigen, dass die DHP finanziell nennenswert vom Haus der Welfen unterstützt wurde. Hinzu aber trat die große Popularität, die Ernst August und Viktoria Luise rund um Hannover, aber auch in Teilen des Reichs, genossen. Wiederholt reisten

sie von ihrem Hauptwohnsitz Blankenburg zur Marienburg. Das öffentliche Interesse hatte zum einen zur Folge, dass sich eine enorme Vielzahl von Personen an die Welfen wandte mit der Bitte um finanzielle Hilfe und immaterielle Unterstützung für Anliegen aller Art – eben auch für politische Vorhaben. Zum anderen war das öffentliche Interesse hilfreich und hinderlich zugleich, denn Ernst August verfolgte durchaus das Ziel, Macht zurückzuerlangen, wozu die Vorabstimmung zweifelsfrei beitrug. Gleichzeitig gefährdeten die öffentlichen Diskurse um die Politik der DHP die zahlreichen Entschädigungsverhandlungen, sodass Ernst August und seine Frau eher vorsichtig agierten. Bei den diversen rechtlichen wie politischen Streitigkeiten ging es nicht nur um die Rückerstattung der 1918 beschlagnahmten Werte und Immobilien, sondern die Welfen forderten auch von Preußen die Rückgabe des Welfenfonds.

Gesundheitsbedingt musste leider das Referat von Monika Wienfort ausfallen, die die Sicht Preußens auf die Separatismusbewegung hätte analysieren wollen. Ein außerordentlich weites Feld umfasste das Verhältnis zwischen der Stadt Braunschweig, wie Ulrich Menzel ausführte, dessen Vortrag hier ebenfalls nicht abgedruckt wird. Einerseits dominierte eine traditionell bedingte Zurückhaltung gegenüber den hannoverschen Welfen und allen Bestrebungen, diesen Macht zu verleihen. Andererseits prallten in Braunschweig stärker noch als in Hannover konservative auf sozialdemokratisch bis kommunistisch agierende Politikvertreter. Während das Königtum Hannover in Preußen aufgegangen war, hatte Braunschweig als nunmehriger Freistaat seine gewisse Unabhängigkeit auch über die Revolution von 1918 hinaus bewahren können, was auch hieß, dass man sich dort nur bedingt für die Unabhängigkeitsbestrebungen Hannovers zu engagieren bereit war, während gleichzeitig die Industriezonen Hannovers und Braunschweigs mehr oder weniger aneinandergrenzten, sodass die preußische Provinz und der Freistaat wirtschaftliche Interessen teilten.

Insgesamt zeigte die Tagung eine Vielzahl von Forschungsdesideraten auf, denn die genauen Verbindungen zum Haus der Welfen blieben ebenso vage wie die Relevanz von mit den Welfen wie mit der DHP mehr oder weniger verbundenen Vereinen wie dem Herzogin-Viktoria-Luise-Bund. Die Geschichte der DHP im 20. Jahrhundert ist bislang nur zu Teilen geschrieben worden, obwohl in den Archiven ausreichend Quellen zugänglich sind. Die zahlreichen im Verlauf der Tagung angesprochenen ökonomischen Fragen, die vom Agieren der Besitzer großer Industriekomplexe bis zu den Ausgleichsverhandlungen der Bundesländer mit den Welfen reichten, verdienen eigene Untersuchungen. Die Verankerung der verschiedenen Parteien in den ländlichen Gemeinden Niedersachsens, die sich in der Zeit der Weimarer Republik ökonomisch wie sozial tiefgreifend wandelten, wurde bislang eher unzureichend untersucht. Auch das Konstrukt »Niedersachsen«, das im Verlauf der zweiten Hälfte der

1920er Jahre in zunehmendem Maß Kohäsionskraft entwickelte, verdient eine vertiefte Betrachtung. Vor diesem Hintergrund waren sich die Teilnehmenden der Tagung wie die Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen einig, dass die Tagung ein erster Schritt zu einer Initiative zur vertieften Erforschung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in »Niedersachsen« sein sollte.